

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung Schwerbehinderter
im öffentlichen Dienst des Bundes**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Wesentliche Ergebnisse	2
1. Der Bund	2
2. Die Bundesministerien mit nachgeordnetem Bereich	2
3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich	2
4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	3
5. Beschäftigungssituation Schwerbehinderter außerhalb des Bundes	3
6. Ausgleichsabgabe des Bundes	4
7. Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigung im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 1998 bis 31. Oktober 1999	4
8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes	4
9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten	5
B. Zusammenfassung und Fazit	5
C. Statistische Übersichten (Anlagen 1 bis 7)	7

A. Wesentliche Ergebnisse¹⁾

1. Der Bund

Die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter²⁾ im Bund (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. § 11 Abs. 7 SchwbG, d. h. bei allen obersten Bundesbehörden mit ihren nachgeordneten Dienststellen, dem Bundespräsidialamt, den Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, dem Bundesverfassungsgericht, den obersten Gerichtshöfen des Bundes, dem Bundesgerichtshof, zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt, sowie dem Bundeseisenbahnvermögen) stellte sich im Jahr 1999 (Stand: Oktober) wie folgt dar:

Arbeitgeber Bund gemäß § 11 Abs. 7 SchwbG	1998	1999
Zu zählende Arbeitsplätze ³⁾	322 333	315 114
Zahl der Pflichtplätze	19 340	18 907
Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	21 145	20 224
Beschäftigungsquote	6,6 %	6,4 %

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 2,2 % (–7 219). Die Zahl der mit Schwerbehinderten zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtplätze) ging dementsprechend um 2,2 % (–433) zurück. Die Zahl der mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätze verringerte sich überproportional um 4,4 % (–921).

Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter im Bund verringerte sich demgemäß gegenüber dem Vorjahr 1998 um 0,2 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 6,4 %.

Die Beschäftigungsquote ist damit nach wie vor höher als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote. Die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten ist um 1 317 höher als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl zu beschäftigender Schwerbehinderter.

¹⁾ Die Angaben beruhen auf den Anzeigen der obersten Bundesbehörden und der sonstigen Bundesdienststellen i. S. des § 5 Abs. 3 Nr. 1 und 4 des Schwerbehindertengesetzes. Sie sind nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit vom 6. und 17. Juli 2000 von den für das Anzeigeverfahren nach § 13 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes für die obersten Bundesbehörden und die sonstigen Bundesdienststellen zuständigen Arbeitsämtern geprüft und, soweit notwendig, berichtigt worden.

²⁾ einschließlich gleichgestellter Behinderter und sonstiger anrechnungsfähiger Personen, im Folgenden nur Schwerbehinderte genannt.

³⁾ Darin sind die Einzeldaten für den Bundesnachrichtendienst (2 2) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (4 1.11), die wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststellen nicht veröffentlicht werden, nicht enthalten.

Ins Einzelne gehende Aufstellungen über die Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes sind als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

2. Die Bundesministerien mit nachgeordnetem Bereich

Die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei den Bundesministerien (mit ihren nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG), aber ohne die Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, das Bundesverfassungsgericht, die obersten Gerichtshöfe des Bundes, den Bundesgerichtshof (zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt) sowie das Bundeseisenbahnvermögen hat sich 1999 (Stichmonat Oktober) zusammengefasst wie folgt entwickelt:

Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich	1998	1999
Zu zählende Arbeitsplätze	306 680	302 320
Zahl der Pflichtplätze	18 401	18 139
Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	20 067	19 439
Beschäftigungsquote	6,5 %	6,4 %

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 1,4 % (–4 360). Die Zahl der mit Schwerbehinderten zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtplätze) ging dementsprechend um 1,4 % (–262) zurück. Die Zahl der mit Schwerbehinderten besetzten Plätze verringerte sich überproportional um 3,1 % (–628).

Die Beschäftigungsquote bei den Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich verringerte sich 1999 demgemäß gegenüber dem Vorjahr 1998 um 0,1 Prozentpunkt. Sie beträgt nunmehr 6,4 %.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 3 beigelegt.

3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich

Die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei den Bundesministerien ohne Berücksichtigung der nachgeordneten Dienststellen einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG) stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich	1998	1999
Zu zählende Arbeitsplätze	19 586	19 344
Zahl der Pflichtplätze	1 175	1 161
Mit Schwerbehinderten besetzte Plätze	1 434	1 400
Beschäftigungsquote	7,3 %	7,2 %

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 1,2 % (–242). Die Zahl der mit Schwerbehinderten zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtplätze) ging dementsprechend um 1,2 % (–14) zurück. Die Zahl der mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätze verringerte sich überproportional um 2,4 % (–34).

Die Beschäftigungsquote bei den Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich verringerte sich 1999 demgemäß gegenüber dem Vorjahr 1998 um 0,1 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 7,2 %.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 4 beigelegt.

4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht

Die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht (i. S. des § 5 Abs. 3 Nr. 4 SchwbG) ergibt folgendes Bild:

Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	1998	1999
Zu zählende Arbeitsplätze	232 895	232 735
Zahl der Pflichtplätze	13 974	13 964
Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	14 936	14 914
Beschäftigungsquote	6,4 %	6,4 %

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % (–160). Die Zahl der mit Schwerbehinderten zu besetzenden Arbeits-

plätze (sog. Pflichtplätze) ging um 0,1 % (–10) zurück. Die Zahl der mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätze verringerte sich ebenfalls um 0,1 % (–22).

Die Beschäftigungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 7 beigelegt.

5. Beschäftigungssituation Schwerbehinderter außerhalb des Bundes

Zum Vergleich: Die Quoten bei privaten Arbeitgebern und öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) stellen sich nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1998 (Stichmonat Oktober) wie folgt dar (die Zahlen für 1999 – Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 13 Abs. 2 SchwbG – werden erst Ende dieses Jahres vorliegen):

Länder	Private Arbeitgeber	Öffentliche Arbeitgeber¹⁾
Baden-Württemberg	3,4	5,2
Bayern	3,0	4,8
Berlin	3,4	5,7
Brandenburg	3,4	4,3
Bremen	3,5	5,4
Hamburg	3,4	4,9
Hessen	3,5	6,3
Mecklenburg-Vorpommern	2,9	4,5
Niedersachsen	3,4	5,2
Nordrhein-Westfalen	4,0	5,9
Rheinland-Pfalz	3,5	5,7
Saarland	3,8	6,6
Sachsen	2,4	4,1
Sachsen-Anhalt	2,4	5,1
Schleswig-Holstein	3,3	5,5
Thüringen	2,7	4,4
Bundesgebiet insgesamt	3,4	5,3
davon		
Bundesgebiet West	3,5	5,5
Bundesgebiet Ost	2,6	4,7

¹⁾ Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung.

	1998			1999		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Neueinstellungen						
Insgesamt	11 465	6 694	4 771	14 020	7 886	6 134
darunter						
Schwerbehinderte	328	198	130	551	317	234
	(2,9 %)			(3,9 %)		
Erstmalige Anerkennung als Schwerbehinderte(r)/Gleichstellung von Behinderten	1 936	1 345	591	1 825	1 219	606
In Fällen sind Schwerbehinderte ausgeschieden bzw. ist die Schwerbehinderteneigenschaft bzw. Gleichstellung weggefallen	3 489	2 643	846	3 049	2 005	1 044
Saldo	– 1 225			– 673		

Die Gesamtquote bei den öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkt verbessert.

Bei den privaten Arbeitgebern ist die Gesamtquote 1998 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

6. Ausgleichsabgabe des Bundes

Der Bund (als Arbeitgeber der öffentlichen Hand i. S. von § 11 Abs. 7 SchwbG) hat auch in diesem Jahr für das Jahr 1999 keine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da der Bund insgesamt gesehen mit 6,4 % mehr als 6 % Schwerbehinderte beschäftigt (§ 5 Abs. 1 i. V. m. § 11 Abs. 1 und 7 SchwbG).

7. Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigung im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 1998 bis 31. Oktober 1999

Unter Berücksichtigung der

- Zahl der neu eingestellten Schwerbehinderten,
- Quote der neu eingestellten Schwerbehinderten, bezogen auf die Zahl der Neueinstellungen insgesamt und
- Zahl der ausgeschiedenen Schwerbehinderten einschließlich Wegfall der Schwerbehinderteneigenschaft oder der Gleichstellung

stellt sich die Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigung im öffentlichen Dienst des Bundes (bei

den Bundesressorts einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und der sonstigen obersten Bundesbehörden) im Berichtszeitraum (1. November 1998 bis 31. Oktober 1999) wie oben dar.

551 Neueinstellungen Schwerbehinderter einschließlich gleichgestellter Behinderter (223 mehr als im Vorjahr) bedeuten bei insgesamt 14 020 Neueinstellungen (2 555 mehr als im Vorjahr) einen Anteil von 3,9 % (Vorjahr = 2,9 %). Dazu kommen 1 825 erstmalige Anerkennungen schon Beschäftigter als Schwerbehinderte und erstmalige Gleichstellungen von Behinderten (111 weniger als im Vorjahr). Dieser Zahl von 2 376 (112 mehr als im Vorjahr) stehen 3 049 (440 weniger als im Vorjahr) Austritte bzw. Fälle des Wegfalls der Schwerbehinderteneigenschaft oder Gleichstellung gegenüber. Das bedeutet bei den mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätzen immer noch einen Saldo von –673 (Vorjahr = –1 225), der sich aber gegenüber dem Vorjahr verringert hat.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 5 beigelegt.

8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes

Bei insgesamt rückläufiger Gesamtzahl der beschäftigten Schwerbehinderten hat sich der Frauenanteil von 32,0 % im Jahr 1998 auf 33,7 % im Jahr 1999 erhöht (siehe Tabelle nächste Seite).

Einzelheiten sind aus der Anlage 5 ersichtlich.

Anteil der Frauen an der Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten

		1998	1999
Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt	21 145	20 224
	davon Frauen	6 775	6 817
	%-Anteil	32,0	33,7
Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt	20 067	19 439
	davon Frauen	6 481	6 518
	%-Anteil	32,3	33,5
Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich	Insgesamt	1 434	1 386
	davon Frauen	474	481
	%-Anteil	33,1	34,7
Sonstige Bundesdienststellen	Insgesamt	1 078	1 076
	davon Frauen	294	235
	%-Anteil	27,3	21,8
Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	Insgesamt	14 936	14 914
	davon Frauen	7 664	7 714
	%-Anteil	51,3	51,7

Zahl der Neueinstellungen (Bundesdienststellen einschließlich nachgeordnetem Bereich)	Insgesamt	11 465	14 020
	davon Frauen	4 771	6 134
	%-Anteil	41,6	43,8
darunter Schwerbehinderte	Insgesamt	328	551
	davon Frauen	130	234
	%-Anteil	39,6	42,5

9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten

Im Jahr 1999 sind durch die obersten Bundesbehörden (Bundesressorts und sonstige Bundesdienststellen) Aufträge in einem Gesamtvolumen von DM 3 580 312,68 an (anerkannte) Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten vergeben worden.

	1998	1999
Ressorts	2 720 904,18	2 842 960,58
Sonstige Bundesdienststellen	263 042,38	737 352,10
Gesamt	2 983 946,56	3 580 312,68

Das Gesamtvolumen konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (+ 19,99 %).

Dabei ist auch die Auftragsvergabe durch die Bundesressorts im Jahr 1999 gestiegen (+ 4,5 %).

Eine Aufstellung über die Verteilung des Gesamtauftragsvolumens auf die einzelnen Bundesressorts und sonstigen Bundesdienststellen, getrennt nach Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten, ist als Anlage 6 beigefügt.

B. Zusammenfassung und Fazit

1. Wie im Bericht 1999 für das Jahr 1998 bereits angekündigt, sind inzwischen die speziellen Instrumente zur Eingliederung (Schwer-)Behinderter verbessert und weiterentwickelt worden. Am 1. Oktober 2000 ist in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 das „Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter“ (BGBl. I S. 1394) in Kraft getreten. Es soll die Chancengleichheit schwerbehinderter Menschen im Arbeits- und Berufsleben verbessern und dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter schnellstmöglich und nachhaltig abzubauen. Erklärtes Ziel ist es, die Zahl

der arbeitslosen Schwerbehinderten bis zum Oktober 2002 um etwa 25 % – das sind rund 50 000 – zu verringern.

Vorgesehen ist ein Bündel verschiedener Maßnahmen. Alle diese Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie geeignet sind, arbeitslose Schwerbehinderte wieder in Arbeit zu bringen. Die neuen Vorschriften richten sich an alle, auf die es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ankommt, auch an die Arbeitgeber der öffentlichen Hand im Bundesbereich.

Die wichtigsten Änderungen sind die folgenden:

- Erhöhung der Wirksamkeit des Systems von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe,
- Stärkung der Rechte der Schwerbehinderten und der Schwerbehindertenvertretungen,
- Ausbau betrieblicher Prävention,
- Intensivierung und bessere Nutzbarmachung der Dienstleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Hauptfürsorgestellen,
- Verbesserung des Rechts zur Förderung Schwerbehinderter,
- Verstärkte Verwendung der Ausgleichsabgabe für arbeitsmarktorientierte Fördermaßnahmen und zusätzliche innovative Instrumente.

Dabei sind die besonderen Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber im Bundesbereich (§14a SchwbG, Art. 1 Nr. 10 SchwbBAG) hervorzuheben. Diese Arbeitgeber werden gefordert sein, möglichst rasch Integrationsvereinbarungen (§ 14b SchwbG) für ihre Betriebe und Dienststellen abzuschließen und umzusetzen. Als flankierende Maßnahme zur Stabilisierung der Beschäftigungsquote Schwerbehinderter bei den in § 5 Abs. 3 Nr. 1 und 4 Schwerbehindertengesetz genannten öffentlichen Arbeitgebern des Bundes beträgt der Pflichtenatz weiterhin 6 vom Hundert, wenn sie im Oktober 1999 auf mehr als 6 vom Hundert der Arbeitsplätze Schwerbehinderte beschäftigen. § 11 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 5 vom Hundert bis weniger als 6 vom Hundert die Ausgleichsabgabe je Monat und unbesetztem Pflichtplatz 200 Deutsche Mark beträgt.

Weitere Möglichkeiten zur beruflichen Förderung schwerbehinderter Arbeitnehmer wird das in Vorbereitung befindliche Neunte Buch des Sozialgesetzbuchs, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, enthalten.

2. Mit einem Anteil Schwerbehinderter von 6,4 % bei den Bundesministerien und den sonstigen Bundesdienststellen, jeweils mit ihren nachgeordneten Dienststellen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG), ist die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote von 6 % im Jahre 1999 deutlich überschrit-

ten worden. Die Beschäftigungsquote in diesem Bereich sank allerdings gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte: Die beschriebenen verbesserten und weiterentwickelten Instrumente konnten für den hier in Rede stehenden Zeitraum noch keine Wirkung entfalten. Berücksichtigt man die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter bei den Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich, beträgt die Beschäftigungsquote im Jahre 1999 sogar 7,2 %. Die Ressorts – zusammengefasst betrachtet – erfüllen damit ihre Beschäftigungspflicht vorbildlich.

Der Anteil Schwerbehinderter bei den Neueinstellungen (einschließlich der erstmaligen Anerkennung als Schwerbehinderter bzw. Gleichstellung von Behinderten) stieg, was eine erfreuliche Umkehr des langjährigen Trends bedeutet, von 2,9 % auf 3,9 % im Jahre 1999. Der Anteil schwerbehinderter Frauen bei den Neueinstellungen stieg ebenfalls ganz erheblich, nämlich von 39,6 % auf 42,5 %.

Die Zahl der erstmaligen Anerkennungen als Schwerbehinderte(r) und der Gleichstellungen von Behinderten hat sich, auch das ist eine wünschenswerte Entwicklung, in den letzten Jahren (mit Ausnahme 1998 = 1 936) ständig verringert (1994 waren es 5 150, 2 404 im Jahr 1995, 2 268 im Jahr 1996, 1 897 im Jahr 1997). Aktuell beträgt sie 1 825.

3. Außerhalb des Bundes hat sich die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei den öffentlichen Arbeitgebern leicht verbessert und stieg um 0,1 Prozentpunkt auf nunmehr 5,3 %. Dabei ist festzustellen, dass in den neuen Bundesländern die Beschäftigungsquote von 4,0 % auf 4,7 % gesteigert werden konnte.

4. Nach alledem bleibt festzuhalten: Die Bundesministerien und die sonstigen Bundesdienststellen, jeweils mit ihren nachgeordneten Dienststellen, haben zusammengefasst einen Anteil beschäftigter Schwerbehinderter von 6,4 % erreicht. Damit ist der gesetzlich vorgeschriebene Mindestanteil von 6 % deutlich überschritten. Die Beschäftigungsquote von 6,4 % im Jahre 1999 bedeutet zwar einen geringfügigen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr 1998. Inzwischen ist aber das Instrumentarium zur Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, das im Wesentlichen am 1. Oktober 2000 in Kraft getreten ist, durch ein Bündel von Maßnahmen verbessert worden. Es ist zu erwarten, dass die unverzügliche Umsetzung, mit der schon begonnen worden ist, auch im öffentlichen Dienst des Bundes zu Verbesserungen bei der Beschäftigungssituation Schwerbehinderter führen wird. Der Appell an die Arbeitgeber, der in dem Gesetzgebungsverfahren lag, vor allem jedoch die von allen Beteiligten gemeinsam getragene Öffentlichkeitskampagne, die 50 000 neue Arbeitsplätze für Schwerbehinderte bis zum Oktober 2002 zum Ziel hat, findet bereits in den neuesten Zahlen einen positiven Niederschlag.

C. Statistische Übersichten

Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
1 1	Bundespräsidialamt	143	9	14	6	9,8
2	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	24	1	2	0	8,3
2 1	Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes	497	30	21	5	4,2
2	Bundesnachrichtendienst ¹⁾	0	0	0	0	3,9
3 1	Auswärtiges Amt²⁾	2 285	137	120	47	5,3
2	Deutsches Archäologisches Institut Zentraldirektion – einschließlich Römisch-Germanische Kommission, Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik und Kommission für Allgemeine und Vergleichende Archäologie	141	8	8	4	5,7 ³⁾
4	Bundesministerium des Innern					
1.1	Ministerium	1 467	88	126	33	8,6
	1. Nachgeordneter Bereich					
1.2	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	21	1	1	0	4,8 ³⁾
1.3	Der Bundesdisziplinaranwalt	25	2	3	0	12,0
1.4	Statistisches Bundesamt	2 863	172	270	169	9,4
1.5	Bundesverwaltungsamt	1 910	115	185	80	9,7
1.6	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	337	20	28	14	8,3
1.7	Bundeszentrale für politische Bildung	196	12	12	8	6,1
1.8	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien	71	4	2	2	2,8

¹⁾ Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

²⁾ Das Auswärtige Amt teilt dazu mit, dass es zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen muss. Neben körperlichen Mindestvoraussetzungen setzt die Einstellung in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerbern (Bewerberquote unter 1 %).

³⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6 %. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
4						
1.9	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	65	4	5	2	7,7
1.10	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	2 586	155	268	155	10,4
1.11	Bundesamt für Verfassungsschutz ¹⁾	0	0	0	0	5,9
1.12	Bundeskriminalamt <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	2 378	143	168	65	7,1
	mit Polizeivollzugsbeamten	4 537	272	175	67	3,9
1.13	Bundesamt für Zivilschutz	289	17	14	3	4,8
1.14	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	870	52	66	22	7,6
1.15	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	227	14	23	6	10,1
1.16.1	Grenzschutzpräsidium Süd <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	1 347	81	126	49	9,4
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 491	449	154	49	2,1
1.16.2	Grenzschutzpräsidium Mitte <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	882	53	121	57	13,7
	mit Polizeivollzugsbeamten	6 005	360	141	36	2,3
1.16.3	Grenzschutzpräsidium West <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	1 094	66	157	69	14,4
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 051	423	159	69	2,3
1.16.4	Grenzschutzpräsidium Nord <i>ohne Polizeivollzugsbeamten</i>	1 415	85	150	63	10,6
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 383	443	180	63	2,4
1.16.5	Grenzschutzpräsidium Ost <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	2 112	127	91	45	4,3
	mit Polizeivollzugsbeamten	9 701	582	101	49	1,0
1.16.6	Grenzschutzschule <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	319	19	35	14	11,0
	mit Polizeivollzugsbeamten	459	28	34	14	7,4
1.16.7	Grenzschutzdirektion <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	189	11	18	8	9,5
	mit Polizeivollzugsbeamten	376	23	12	8	3,2
1.17	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	346	21	14	5	4,0
1.18	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	2 721	163	220	125	8,1
1.19	Bundesausgleichsamt	37	2	8	4	21,6

¹⁾ Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

²⁾ Enthalten sind 847 administrative grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte. Dieser Personenkreis (Arbeitnehmer) unterliegt aufgrund der ein-satzbezogenen Tätigkeit an den EU-Grenzen erhöhten gesundheitlichen Anforderungen. Schwerbehinderte konnten nach Angaben des BMI daher für diese Tätigkeit nicht berücksichtigt werden.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
4						
1.20	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	20	1	0	0	0
1.21	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	157	9	14	1	8,9
	BMI und nachgeordnete Dienststellen^{*)} <i>ohne Polizeivollzugsbeamte</i>	<i>23 944</i>	<i>1 437</i>	<i>2 180</i>	<i>999</i>	<i>9,1</i>
	mit Polizeivollzugsbeamten	57 211	3 433	2 216	984	3,9
2.1	Deutsche Ausgleichsbank	880	53	22	6	2,5
5	Bundesministerium der Justiz					
1.1	Ministerium	680	41	59	28	8,7
1.2	Bundespatentgericht	287	17	27	12	9,4
1.3.1	Deutsches Patent- und Markenamt	2 001	120	163	83	8,1
1.3.2	Dienststelle Jena	334	20	33	15	9,9
1.4	Bundesdisziplinargericht	33	2	4	4	12,1
	BMJ und nachgeordnete Dienststellen	3 335	200	286	142	8,6

¹⁾ Das Bundesministerium des Innern teilt dazu mit: Soweit Im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen Schwerbehinderte grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 696 Schwerbehinderte beschäftigt werden. Ohne Polizeivollzugsbeamte liegt die Quote beim Bundesministerium des Innern mit nachgeordnetem Bereich bei 9,1 %.

^{*)} Ohne lfd. Nr. 1.11

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
6	Bundesministerium der Finanzen					
1.1	Ministerium und Bundeshauptkasse	2 091	125	196	62	9,4
1.2	Bundesschuldenverwaltung	443	27	38	20	8,6
1.3	Bundesmonopolverwaltung	450	27	25	7	5,6
1.4	Bundesamt für Finanzen	1 217	73	75	27	6,2
1.5	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	587	35	44	19	7,5
1.6	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	363	22	26	12	7,2
1.7	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	121	7	7	2	5,8 ²⁾
1.8.1	Oberfinanzdirektion Berlin	1 567	94	117	36	7,5
1.8.2.	Hamburg	5 677	341	231	82	4,1
1.8.3.	Hannover	3 763	226	184	45	4,9
1.8.4.	Karlsruhe	4 813	289	244	72	5,1
1.8.5	Koblenz	4 777	287	318	95	6,8
1.8.6	Köln	5 460	328	365	126	6,7
1.8.7	Zollkriminalamt	551	33	45	14	8,2
1.8.8	Nürnberg	6 074	364	314	83	5,2
1.8.9	Chemnitz	3 015	181	73	26	2,4
1.8.10	Cottbus	4 732	284	209	70	4,4
1.8.11	Erfurt	859	52	45	30	5,2
1.8.12	Magdeburg	1 137	68	68	30	6,0
1.8.13	Rostock	971	58	78	37	8,0
1.8.14	Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen	265	16	26	20	9,8
1.8.15	Bildungszentrum Sigmaringen	187	11	10	3	5,3
1.8.16	Bildungszentrum Münster	206	12	11	1	5,3
1.8.17	Bildungszentrum Plessow	225	14	10	5	4,4
	BMF und nachgeordnete Dienststellen	49 551	2 973	2 759	924	5,6

¹⁾ Auf den unter Nummern 1.8.1 bis 1.8.13 aufgeführten Arbeitsplätzen werden zu einem erheblichen Teil Vollzugsbeamte im Grenzzolldienst, Zollfahndungsdienst und Forstbetriebsdienst beschäftigt. Wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen können Schwerbehinderte in diesem Bereich grundsätzlich nicht verwendet werden.

²⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6 %. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
6						
2	Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank	724	43	30	11	4,1
3	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	0	1	0	8,3
4	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	876	53	61	30	7,0
5	DGZ Deka Bank Deutsche Kommunalbank	1 376	83	28	11	2,0
6	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1 462	88	74	25	5,1
7	Versorgungsanstalt deutscher Bezirks- schornsteinfegermeister	17	1	0	0	0
8	Bundessteuerberaterkammer	30	2	0	0	0
9	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	2 006	120	169	83	8,4
10	Museumsstiftung Post und Telekommunikation	109	7	6	1	5,5
11	Unfallkasse Post und Telekommunikation	220	13	8	3	3,6
7	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie					
1.1	Ministerium	1 743	105	128	43	7,3
1.2.1	Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig	1 264	76	99	20	7,8
1.2.2	Physikalisch-Technische Bundesanstalt – I B Charlottenburg	285	17	25	7	8,8
	– I B Friedrichshagen	106	6	14	3	13,2
1.3	Bundesamt für Wirtschaft	325	20	25	10	7,7
1.4	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	174	10	18	9	10,3
1.5	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1 467	88	111	34	7,6
1.6	Bundeskartellamt	231	14	13	10	5,6
1.7	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	721	43	35	10	4,9
1.8	Bundesausfuhramt	318	19	29	10	9,1
1.9	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	2 658	159	174	56	6,5
	BMWi und nachgeordnete Dienststellen	9 292	559	671	212	7,2

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
8	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
1.1	Ministerium	947	57	73	16	7,7
1.2	Bundessortenamt	452	27	29	18	6,4
1.3	Forschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode	876	53	64	24	7,3
1.4	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	851	51	59	26	6,9
1.5	Bundesanstalt für Milchwirtschaft	232	14	26	12	11,2
1.6	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	223	13	23	13	10,3
1.7	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	203	12	23	10	11,3
1.8	Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung	197	12	14	6	7,1
1.9	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	374	22	29	7	7,8
1.10	Bundesanstalt für Fleischforschung	135	8	10	6	7,4
1.11	Bundesforschungsanstalt für Ernährung	178	11	7	2	3,9
1.12	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information	60	4	5	1	8,3
1.13	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	538	32	32	14	5,9 ¹⁾
	BML und nachgeordnete Dienststellen	5 266	316	394	155	7,5
2	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1 238	74	121	52	9,8
3	Deutscher Weinfonds	18	1	0	0	0

¹⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6%. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
9	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung					
1.1	Ministerium	1 090	65	99	29	9,1
1.2	Bundesversicherungsamt	421	25	30	7	7,1
1.3	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	239	14	28	13	11,7
1.4	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	595	36	60	27	10,1
	BMA und nachgeordnete Dienststellen	2 345	141	217	76	9,3
2	Bundesanstalt für Arbeit ^{*)}	90 511	5 431	7 735	4 215	8,5
3	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	25 783	1 547	1 086	778	4,2
4	Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen	23	1	1	1	4,3 ¹⁾
5	Landwirtschaftliche Alterskassen	142	9	7	4	4,9
6	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	17 633	1 058	1 092	551	6,2
7	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	434	26	23	7	5,3
8	Bundesknappschaft	13 527	812	752	433	5,6
9	Eisenbahn-Unfallkasse	160	10	4	0	2,5
10	Bahnversicherungsanstalt	1 163	70	69	25	5,9
10	Bundesministerium der Verteidigung					
1.1	Ministerium	2 427	146	120	38	4,9
1.2	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	13 377	803	958	168	7,2
1.3	Bundesamt für Wehrverwaltung	680	41	31	13	4,6
1.4	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	38	2	3	2	7,9
1.5	Katholisches Militärbischofsamt	38	2	4	0	10,5

¹⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6%. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

^{*)} Einschließlich Fachhochschule Mannheim.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
10 1.6.1	Wehrbereichsverwaltung I	18 649	1 119	1 302	441	7,0
1.6.2	Wehrbereichsverwaltung II	20 546	1 233	1 840	518	9,0
1.6.3	Wehrbereichsverwaltung III	17 300	1 038	1 568	539	9,1
1.6.4	Wehrbereichsverwaltung IV	16 239	974	1 283	382	7,9
1.6.5	Wehrbereichsverwaltung V	9 738	584	822	279	8,4
1.6.6	Wehrbereichsverwaltung VI	19 419	1 165	1 446	455	7,4
1.6.7	Wehrbereichsverwaltung VII	13 762	826	686	299	5,0
1.7	Bundessprachenamt	532	32	49	23	13,9
1.8.1	Universität der Bundeswehr Hamburg	701	42	38	17	5,4
1.8.2	Universität der Bundeswehr München	987	59	44	21	4,5
	BMVg und nachgeordnete Dienststellen	134 433	8 066	10 194	3 195	7,6
11	Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend					
1.1	Ministerium	490	29	32	16	6,5
1.2	Bundesamt für Zivildienst	1 049	63	88	45	8,4
1.3	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	10	0	0	0	0
	BMFSFJ und nachgeordnete Dienststellen	1 549	93	120	61	7,7
12	Bundesministerium für Gesundheit					
1.1	Ministerium	553	33	40	14	7,2
1.2	Robert-Koch-Institut	594	36	45	27	7,6
1.3	Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin	832	50	41	16	4,9
1.4	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	821	49	41	25	5,0
1.5	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	151	9	13	7	8,6
1.6	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	101	6	8	2	7,9
1.7	Paul-Ehrlich-Institut	548	33	34	19	6,2
	BMG und nachgeordnete Dienststellen	3 600	216	222	110	6,2

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
12 2	Bundesverband der Ortskrankenkassen	410	25	21	15	5,1
3	Bundesverband der Betriebskrankenkassen einschl. BBK Akademie	385	23	27	15	7,0
4	Bundesverband der Innungskrankenkassen	238	14	14	3	5,9 ¹⁾
5	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	177	11	9	6	5,1
6	Kassenärztliche Bundesvereinigung	72	4	1	1	1,4
7	Innungskrankenkassen	1 386	83	27	20	1,9
8	Betriebskrankenkassen, die nach § 147 Abs. 2 SGB V die Personalkosten übernommen haben	4 680	281	215	120	4,6
9	Angestellten-Ersatzkassen	45 529	2 732	2 052	796	4,5
10	Arbeiter-Ersatzkassen	2 247	135	75	35	3,3
11	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	74	4	3	2	4,1
12	Landwirtschaftliche Krankenkassen	218	13	14	2	6,4
13	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen					
1.1	Ministerium	1 601	96	102	37	6,4
1.2	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten	10	1	0	0	0
1.3	Deutscher Wetterdienst – Zentralamt	2 960	178	121	40	4,1
1.4	Kraftfahrt-Bundesamt	1 118	67	111	53	9,9
1.5	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	876	53	62	20	7,1
1.6	Luftfahrt-Bundesamt	415	25	21	7	5,1
1.6.1	Luftfahrt-Bundesamt – Verwaltungsstelle Flugsicherung	35	2	1	1	2,9
1.7	Bundesanstalt für Straßenwesen	395	24	21	5	5,3
1.8	Bundesanstalt für Gewässerkunde	389	23	16	6	4,1
1.9	Bundesanstalt für Wasserbau	468	28	22	8	4,7
1.10	Wasser- und Schifffahrtsdirektionen					
1.10.1	Nord	2 833	170	216	35	7,6
1.10.2	Nordwest	1 491	89	111	11	7,4

¹⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6 %. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3		
				insgesamt	davon Frauen			
1	2	3	4	5	5a	6		
13	1.10.3	Mitte	1 688	101	106	20	6,3	
	1.10.4	West	1 827	110	151	32	8,3	
	1.10.5	Südwest	2 470	148	163	48	6,6	
	1.10.6	Süd	1 690	101	109	15	6,4	
	1.10.7	Ost	2 954	177	163	55	5,5	
	1.11	Bundesamt für Güterverkehr	973	58	73	22	7,5	
	1.12	Eisenbahn-Bundesamt	1 245	75	41	11	3,3	
	1.13	Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	37	2	2	0	5,4 ¹⁾	
	1.14	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	684	41	37	14	5,4	
		BMVBW und nachgeordnete Dienststellen	26 159	1 570	1 649	440	6,3	
	2	Bundeseisenbahnvermögen (BEV)	7 543	453	444	93	5,9	
	14		Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit					
		1.1	Ministerium	865	52	76	33	8,8
		1.2	Umweltbundesamt	1 098	66	115	48	10,5
1.3		Bundesamt für Naturschutz	272	16	16	9	5,9 ¹⁾	
1.4		Bundesamt für Strahlenschutz	649	39	49	18	7,6	
		BMU und nachgeordnete Dienststellen	2 884	173	256	108	8,9	
15		Bundesministerium für Bildung und Forschung						
	1	Ministerium	1 045	63	80	26	7,7	
	2	Bundesinstitut für Berufsbildung	342	21	15	7	4,4	
		BMBF und nachgeordnete Dienststellen	1 387	83	95	33	6,8	

¹⁾ Die Zahl in Spalte 5 entspricht einer Quote von 6 %. Die Differenz resultiert aus der Abrundungsvorschrift des § 8 Satz 2 SchwbG.

noch Anlage 1

Lfd. Nr.	Dienststelle	zu zählende Arbeits- plätze	Zahl der Pflicht- plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
16	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	588	35	40	16	6,8
17	Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	647	39	60	32	9,3
18	Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien	185	11	14	4	7,6
1.1	I. Nachgeordneter Bereich					
1.2	Bundesarchiv	813	49	83	28	10,2
1.3	Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte	9	0	0	0	0,0
	BKM und nachgeordnete Dienststellen	1 007	60	97	32	9,6
2	Deutsche Bibliothek	737	44	48	33	6,5
3	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2 182	131	150	78	6,9
4	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	118	7	1	0	0,8
19	Präsident des Bundesrechnungshofes					
1.1	Bundesrechnungshof	617	37	43	12	7,0
1.2	Prüfungsämter des Bundes	460	28	15	2	3,3
		1 077	65	58	14	5,4
20	Deutscher Bundestag	2 355	141	149	67	6,3
21	Bundesrat	198	12	9	4	4,5
22	Bundesverfassungsgericht	158	9	7	2	4,4
23	Bundesgerichtshof und Generalbundesanwalt					
1.1	Bundesgerichtshof	289	17	19	6	6,6
1.2.1	Generalbundesanwalt (o. Bundeszentral- register)	184	11	10	8	5,4
1.2.2	Bundeszentralregister	351	21	19	8	5,4
		824	49	48	22	5,8
24	Bundesverwaltungsgericht	184	10	20	10	10,9
25	Bundesarbeitsgericht	128	8	10	4	7,8
26	Bundessozialgericht	172	10	28	10	16,3
27	Bundesfinanzhof	131	8	10	9	7,6
28	Deutsche Bundesbank	15 938	956	968	352	6,1

Anlage 2

Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes (Bundesministerien einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche und sonstige Bundesdienststellen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwBG)
Stichmonat: Oktober 1999

Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.99
BPrA	143	14	9,8
Bund-Länder-Kommission	24	2	8,3
ChBK	497	21	4,2 ^{*)}
AA	2 426	128	5,3 ¹⁾
BMI			
<i>ohne Polizeivollzugsbeamte (PVB)</i>	23 944	2 180	9,1
mit PVB	57 211	2 216	3,9 ²⁾
BMJ	3 335	286	8,6
BMF	49 551	2 759	5,6 ³⁾
BMWi	9 292	671	7,2
BML	5 266	394	7,5
BMA	2 345	217	9,3
BMVg	134 433	10 194	7,6
BMFSFJ	1 549	120	7,7
BMG	3 600	222	6,2
BMVBW	26 159	1 649	6,3
BMU	2 884	256	8,9
BMBF	1 387	95	6,8
BMZ	588	40	6,8
BPA	647	60	9,3
BKM	1 007	97	9,6
BVerfG	158	7	4,4
BRH	1 077	58	5,4
BT	2 355	149	6,3
BR	198	9	4,5
BGH/GBA	824	48	5,8
BVerwG	184	20	10,9
BAG	128	10	7,8
BSG	172	28	16,3
BFH	131	10	7,6
BEV	7 543	444	5,9
Gesamtsumme 31.10.99	315 114	20 224	6,4

*) ohne nachgeordneten Bereich

Die betroffenen Ressorts teilen dazu mit:

- 1) Das Auswärtige Amt muss zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen. Neben körperlichen Mindesttauglichkeitsvoraussetzungen setzt die Einstellung im höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerbern (Bewerberquote unter 1 %).
- 2) Soweit im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen Schwerbehinderte grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 6 % Schwerbehinderte beschäftigt werden. Ohne Polizeivollzugsbeamte liegt die Quote beim Bundesministerium des Innern mit nachgeordnetem Bereich bei 9,1 %.
- 3) Entsprechendes wie nach Fußnote 2) beim Bundesministerium des Innern gilt beim Bundesministerium der Finanzen wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen im Vollzugsdienst der Zollverwaltung und im Forstbetriebsdienst der Bundesvermögensverwaltung.

Anlage 3

Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes (Bundesministerien einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche)

Stichmonat: Oktober 1999

Ressorts einschließlich nachgeordneter Bereiche	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.1999
BPrA	143	14	9,8
ChBK ^{*)}	497	21	4,2
AA	2 426	128	5,3
BMI			
<i>ohne Polizeivollzugsbeamte (PVB)</i>	23 944	2 180	9,1
mit PVB	57 211	2 216	3,9
BMJ	3 335	286	8,6
BMF	49 551	2 759	5,6
BMWi	9 292	671	7,2
BML	5 266	394	7,5
BMA	2 345	217	9,3
BMVg	134 433	10 194	7,6
BMFSFJ	1 549	120	7,7
BMG	3 600	222	6,2
BMVBW	26 159	1 649	6,3
BMU	2 884	256	8,9
BMBF	1 387	95	6,8
BMZ	588	40	6,8
BPA	647	60	9,3
BKM	1 007	97	9,6
Insgesamt	302 320	19 439	6,4

*) ohne nachgeordneten Bereich.

Anlage 4

Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes (Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich)
Stichmonat: Oktober 1999

Ressorts ohne nachgeordneten Bereich	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.1999
BPrA	143	14	9,8
ChBK	497	21	4,2
AA	2 285	120	5,3
BMI	1 467	126	8,6
BMJ	680	59	8,7
BMF	2 091	196	9,4
BMWi	1 743	128	7,3
BML	947	73	7,7
BMA	1 090	99	9,1
BMVg	2 427	120	4,9
BMFSFJ	490	32	6,5
BMG	553	40	7,2
BMVBW	1 601	102	6,4
BMU	865	76	8,8
BMIF	1 045	80	7,7
BMZ	588	40	6,8
BPA	647	60	9,3
BKM	185	14	7,6
Insgesamt	19 344	1 400	7,2

Anlage 5

Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst des Bundes; hier: Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigung im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 1998 bis 31. Oktober 1999

Dienststellen	Neueinstellungen*) davon			dar. Neueinstellungen von Schwerbehinderten/ Gleichgestellter			Quote der neu ein- gestellten Schwer- beh./Gleichgestellter im Verh. zu allen Neueinstellungen	Erstmalige Anerkennung als Schwerbehinderte(r)/ Gleichstellung			Ausgeschiedene Schwer- beh./Gleichgest. bzw. Wegfall der SB- bzw. GL-Eigenschaft		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.		insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
<i>A. Bundesressorts</i>													
BPrA	17	11	6	3	2	1	17,7	2	1	1	4	1	3
BK	162	81	81	1	1	0	0,6	4	3	1	4	4	0
Ausw. Amt	182	73	109	3	1	2	1,6	7	5	2	22	12	10
BMI	1 444	968	476	40	22	18	2,8	208	122	86	329	200	129
BMJ	406	165	241	30	11	19	7,4	30	12	18	39	24	15
BMF	1 910	1 089	821	77	45	32	4,0	253	180	73	369	283	86
BMWi	447	264	183	15	12	3	3,4	35	26	9	91	59	32
BML	296	124	172	29	19	10	9,8	28	17	11	50	21	29
BMA	219	84	135	14	11	3	6,4	20	12	8	32	20	12
BMVg	5 413	3 227	2 186	171	98	73	3,2	939	634	305	1 241	858	383
BMFSFJ	79	30	49	10	5	5	12,7	9	5	4	27	16	11
BMG	358	128	230	26	11	15	7,3	18	11	7	34	19	15
BMVBW	1 097	800	297	35	25	10	3,2	146	111	35	231	189	42
BMU	160	71	89	8	4	4	5,0	15	9	6	18	13	5
BMBF	85	37	48	5	4	1	5,9	6	1	5	27	16	11
BMZ	47	23	24	1	0	1	2,1	0	0	0	5	4	1
BPA	171	37	134	18	6	12	10,5	4	2	2	14	9	5
BKM	397	191	206	24	17	7	6,0	25	12	13	49	21	28
Zwischensumme I	12 890	7 403	5 487	510	294	216	4,0	1 749	1 163	586	2 586	1 769	817
<i>B. Sonstige Dienststellen</i>													
BVerfG	9	5	4	1	1	0	11,1	1	0	1	2	1	1
BRH	136	95	41	1	1	0	1,0	6	5	1	8	5	3
BT	615	271	344	23	13	10	3,7	19	11	8	46	26	20
BR	23	1	22	0	0	0	0	0	0	0	3	1	2
BGH/GBA	285	88	197	11	6	5	3,9	2	1	1	271	90	181
BVerwG	11	4	7	1	1	0	9,1	0	0	0	1	0	1
BAG	24	7	17	2	0	2	8,3	1	1	0	5	2	3
BSG	16	7	9	2	1	1	12,5	2	0	2	1	0	1
BFH	11	5	6	0	0	0	0	0	0	0	2	1	1
BEV	0	0	0	0	0	0	0	45	38	7	124	110	14
Zwischensumme II	1 130	483	647	41	23	18	3,6	76	56	20	463	236	227
Gesamtsumme	14 020	7 886	6 134	551	317	234	3,9	1 825	1 219	606	3 049	2 005	1 044

*) Zu den Neueinstellungen zählen auch in nicht unerheblichem Umfang Einstellungen auf Stellen von Vollzugsbeamten im Bereich des BMI und des BMF, auf denen Schwerbehinderte grundsätzlich nicht beschäftigt werden können.

2 376 Neueinstellungen bzw. erstmaligen Anerkennungen als SB/GL stehen
3 049 ausgeschiedene SB I GL bzw. Wegfall der SB/GL-Eigenschaft gegenüber.
673 Minussaldo.

Anlage 6

Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten
im Kalenderjahr 1999

Dienststellen	Auftragsvergabe an		Gesamtvolumen in DM
	Werkstätten f. Behinderte	Blindenwerkstätten	
<i>A. Bundesressorts</i>			
BPrA	4 815,00	659,91	5 474,91
BK	41 380,52	4 449,26	45 829,78
Ausw. Amt	25 748,88	6 545,21	32 294,09
BMI	180 210,78	43 927,87	224 138,65
BMJ	1 068,13	0,00	1 068,13
BMF	399 482,46	34 116,40	433 598,86
BMWi	505 484,58	11 653,71	517 138,29
BML	30 002,36	4 686,55	34 688,91
BMA	107 007,85	0,00	107 007,85
BMVg	113 952,00	1 033 856,00	1 147 808,00
BMFSFJ	69 372,00	0,00	69 372,00
BMG	3 303,32	14 940,46	18 243,78
BMVBW	33 467,88	79 111,83	112 579,71
BMU	4 822,37	5 215,30	10 037,67
BMBF	51 549,07	2 554,18	54 103,25
BMZ	2 060,43	0,00	2 060,43
BPA	0,00	612,83	612,83
BKM	21 177,16	5 726,28	26 903,44
Zwischensumme I	1 594 904,79	1 248 055,79	2 842 960,58
<i>B. Sonstige Bundesdienststellen</i>			
BVerfG	0,00	909,10	909,10
BRH	0,00	0,00	0,00
BT	708 000,00	4 797,00	712 797,00
BR	0,00	1 058,46	1 058,46
BGH/GBA	2 789,84	718,01	3 507,85
BVerwG	0,00	569,09	569,09
BAG	5 314,30	974,40	6 288,70
BSG	235,99	1 477,76	1 713,75
BFH	10 295,26	212,89	10 508,15
BEV	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme II	726 635,39	10 716,71	737 352,10
Gesamtsumme	2 321 540,18	1 258 772,50	3 580 312,68

Anlage 7

Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst des Bundes; hier: Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht (§ 5 Abs 3 Nr. 4 Schwerbehindertengesetz)
Stichmonat Oktober 1999

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.99	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in %-Punkten
1.	Deutsche Ausgleichsbank	880	22	2,5	3,1	-0,6
2.	Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank	724	30	4,1	5,0	-0,9
3.	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	1	8,3	8,3	0
4.	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	876	61	7,0	6,7	0,3
5.	DGZ Deka Bank Deutsche Kommunalbank	1 376	28	2,0	3,4	-1,4
6.	Kreditanstalt für den Wiederaufbau	1 462	74	5,1	5,6	-0,5
7.	Versorgungsanstalt deutscher Bezirksschornsteinfegermeister	17	0	0	0	0
8.	Bundessteuerberaterkammer	30	0	0	0	0
9.	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	2 006	169	8,4	k. A.	k. A.
10.	Museumsstiftung Post und Telekommunikation	109	6	5,5	k. A.	k. A.
11.	Unfallkasse Post und Telekommunikation	220	8	3,6	k. A.	k. A.
12.	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1 238	121	9,8	8,8	1,0
13.	Deutscher Weinfonds	18	0	0	0	0
14.	Bundesanstalt für Arbeit	90 511	7 735	8,5	8,5	0
15.	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	25 783	1 086	4,2	4,4	-0,2
16.	Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen	23	1	4,3*)	0	4,3
17.	Landwirtschaftliche Alterskassen	142	7	4,9	5,5	-0,6
18.	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	17 633	1 092	6,2	5,2	1,0
19.	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	434	23	5,3	4,8	0,5
20.	Bundesknappschaft	13 527	752	5,6	5,7	-0,1
21.	Eisenbahn-Unfallkasse	160	4	2,5	k. A.	k. A.
22.	Bahnversicherungsanstalt	1 163	69	5,9	k. A.	k. A.
23.	Bundesverband der Ortskrankenkassen	410	21	5,1	5,6	-0,5

*) Die Zahl entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 7

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.99	Beschäftigungsquote Vorjahr	Differenz +/- in %-Punkten
24.	Bundesverband der Betriebskrankenkassen	385	27	7,0	6,0	1,0
25.	Bundesverband der Innungskrankenkassen	238	14	5,9 ^{*)}	5,7	0,2
26.	Kassenärztliche Bundesvereinigung	177	9	5,1	5,5	– 0,4
27.	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	72	1	1,4	1,4	0
28.	Innungskrankenkassen	1 386	27	1,9	1,8	0,1
29.	Betriebskrankenkassen gemäß § 147 Abs 2 SGB V	4 680	215	4,6	3,7	0,9
30.	Angestellten-Ersatzkassen	45 529	2 052	4,5	4,3	0,2
31.	Arbeiter-Ersatzkassen	2 247	75	3,3	4,2	– 0,9
32.	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	74	3	4,1	4,8	– 0,7
33.	Landwirtschaftliche Krankenkassen	218	14	6,4	5,9 ^{*)}	0,5
34.	Deutsche Bibliothek	737	48	6,5	6,6	– 0,1
35.	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2 182	150	6,9	7,3	– 0,4
36.	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	118	1	0,8	0,9	– 0,1
37.	Deutsche Bundesbank	15 938	968	6,1	6,2	– 0,1
	1999	232 735	14 914	6,4		
	1998	232 895	14 936		6,4	
	Differenz zum Vorjahr					0

*) Die Zahl entspricht einer Quote von 6 %.